

# Platz abbeck

Nr. 6, 13. November 2014

**DIE LINKE.**

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

**DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln**

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Der gewaltsame HoGeSA Aufmarsch in Köln

Neue Strategie von Nationalismus und Patriotismus offenbart das Versagen der staatlichen Organe

Am Sonntag, dem 26. Oktober, beherrschten für einige Stunden Neonazis und Hooligans den öffentlichen Raum der Kölner Innenstadt. Sie verbreiteten Angst und Schrecken. Die Polizei war beeindruckt und ließ den randalierenden Mob gewähren. Die antifaschistische Gegendemonstration hatte schon von Anfang an Abstand zu den Gewaltbereiten gesucht und den Protest aufs Symbolische verlegt und zog dann in die entgegengesetzte Richtung ab, nachdem klar wurde, dass ein Selbstschutz nicht ausreichen würde, die eigene Veranstaltung zu schützen.

So etwas hat es in Köln seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. 2008 demonstrierten 30.000 gegen die Anti-Islam-Konferenz von pro Köln, zu der keine Hundert Rechtsextreme erschienen.

Mit der Kölner Veranstaltung der HoGeSa hat eine neue Stufe der Formierung des Rechtspopulismus & Rechtsextremismus in Deutschland begonnen. Es bildet sich mit der AfD eine rechtspopulistische Bundespartei heraus und parallel dazu formiert sich eine schlagende Verbindung, ein Art gewalttätiger Arm von Nazis, Hooligans und gescheiterten Rechtsformationen wie NPD, pro NRW und Kameradschaften. Auch wenn beide Flügel nicht unmittelbar abgesprochen agieren, wirken sie zusammen im öffentlichen Raum.

### Gemeinsame nationalistische und patriotische Strategien

Die AfD will die Deutschen vor dem Euro schützen, die HoGeSa Deutschland vor

den Salafisten. Das sind gemeinsame Strategien eines nationalistischen Lagers mit patriotischen Einsprengeln. Die HoGeSA erklärte nach dem Kölner Aufmarsch: „Bei uns sind die Dicken und die Dummen genauso willkommen wie die Schönen und die Schlaun, denn uns eint ein gemeinsames Ziel: Wir kämpfen für Deutschland gegen die Landnahme durch radikale Salafisten und all ihren Unterstützern, wo diese auch sitzen mögen!“<sup>1</sup>

Patriotismus ist in Europa für viele Menschen ein positiver Begriff, der auch aktuell an Anziehung gewinnt. Der Front National in Frankreich erstarkt immer weiter, weil er den französischen Patriotismus bedient. Die FAZ bemerkte erst kürzlich, dass die französische Bourgeoisie völlig kor-

StadtRevue präsentiert:

**stadtrevue**  
das monatsmagazin für köln

### Köln wählt links und keiner merkt's?

Chancen und Schwierigkeiten eines breiten linken Bündnisses im Stadtrat

Die Kommunalwahl im Mai ergab zwar eine Mehrheit für die bisherige Koalition aus SPD und Grünen, aber die ist denkbar knapp. Nur mit der Stimme des Oberbürgermeisters kann das rot-grüne Bündnis weiter die Stadtpolitik bestimmen. Dennoch: Köln hat eindeutig links gewählt. Denn Die Linke, Piraten und Deine Freunde legten bei den Wählerinnen und Wählern stark zu. Es gäbe also eine breite linke Mehrheit im Rat der Stadt. Aber wollen sich SPD und Grüne darauf einlassen? Wie könnte eine Zusammenarbeit aussehen? Und was bedeutet dies für die drängenden Probleme in Köln?

Dienstag, 18. November, 19.30 Uhr  
Historisches Rathaus,  
Konrad-Adenauer-Saal



Es diskutieren:

**Lisa Hanna Gerlach**  
(Piratenpartei)

**Kirsten Jahn**  
(Bündnis 90/Die Grünen)

**Martin Börschel**  
(SPD)

**Jörg Detjen**  
(Die Linke)

**Thor Zimmermann**  
(Deine Freunde)

Moderation: Bernd Wilberg (Redakteur der StadtRevue)

Veranstalter: DIE LINKE, Fraktion im Rat der Stadt Köln, Piraten, Gruppe im Rat der Stadt Köln, Deine Freunde, Gruppe im Rat der Stadt Köln, in Zusammenarbeit mit dem StadtRevue Verlag



[www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln](https://www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln) +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

rupt ist und sich viele Menschen abwenden. Le Pen knüpft mit ihrem Patriotismus da an und bekommt auch einen Zugang zu den vielen Französischen und Franzosen, die eine koloniale Vergangenheit haben.

„In Mitteleuropa hat sich der Patriotismus aus dem revolutionär verstandenen Liberalismus und Nationalismus des Bürgertums entwickelt, das gegen den Feudalismus einen demokratisch verfassten Nationalstaat anstrebte.“<sup>2</sup>

### ISIS-Terror als Vorbild?

Es wäre vermessen, nationale und patriotische Strategien zu belächeln oder die HoGeSa als Dampfbäckchen zu bezeichnen. Die gemeinsame rechtspopulistische & rechtsextreme Strategie reicht weit ins bürgerliche Lager. Kampfbegriffe wie „gegen die Landnahme“ wecken vergangene Geschichten: „Gegen das Versailler Friedensdiktat“ nach dem 1. Weltkrieg und „Deutschland in den Grenzen von 1937“ nach dem 2. Weltkrieg.

Der Versammlungsleiter der HoGeSa in Köln, Andreas Kraul, erklärte nach der Veranstaltung in Facebook, dass er ‚noch nie Ambitionen‘ hatte, sich ‚mit rechtsextremen Neonazis in welcher Form auch immer zusammen zu schließen‘ und bis vor einigen Wochen noch nie gedacht habe, dass ihn ‚jemand so betiteln würde‘. Er sei kein Neonazi, er sei ein Patriot.<sup>3</sup>

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung nimmt diese Aussage auseinander und berichtet, dass Andreas Kraul ein Lied eines Neonazi-Rappers eingestellt hat: „Für unser deutsches Land ziehen wir heute in den Kampf! Ihr erwartet Dank, hier ziehen treue Deutsche die Waffen. Wahrheit macht frei. Befreit euch von der Lüge schnell! ...“<sup>4</sup>

Dazu kommen der aktuelle Terror und die Annektierung der ISIS in Kurdistan, Syrien und dem Irak. Die rechtspopulistischen & rechtsextremen Patrioten rühren den Terror der ISIS, den Islam und die Salafisten in einen Topf. Daraus entsteht ein nicht zu unterschätzendes Feindbild, mit denen sie auch Migranten ansprechen.

Das brutale und gewalttätige Auftreten der HoGeSa ist auch damit zu erklären, dass in Nazikreisen die Vorstellung besteht, dass der Gewalt der ISIS nur durch eine höhere Form von Gewalt begegnet werden kann. Das bezeichnen sie dann als „Mut“, und das mobilisiert Rechtsextreme und Hooligans in einem Umfang, wie wir es bisher nicht kannten.

### Die Strategie der staatlichen Organe und der NRW-Polizei

Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz der Kölner Polizei beim HoGeSa-Aufmarsch ein Trauerspiel und macht deutlich, dass die Polizei Rechtspopulismus & Rechtsextremismus weiterhin unterschätzt und nicht versteht. Vor der Demonstration war auch



Foto: Ch. Martinus / r-mediabase

der Kölner Polizei annähernd klar, dass die HoGeSa eine große Gewaltbereitschaft bündelt. Ich habe den Polizeipräsidenten persönlich am 22. Oktober auf verbotene Symbole der Waffen-SS hingewiesen, mit denen die HoGeSa in abgewandelter Form für die Veranstaltung warb. Polizeipräsident Albers hielt ein Verbot der Veranstaltung nicht für möglich, ging aber zu diesem Zeitpunkt von „2000 und mehr“ gewaltbereiten Demonstranten aus.

Auf Grund dieser Fakten vom 22.10. hätte die Polizei mindestens 2000 Polizisten einsetzen müssen. Sie setzte aber nur 1300 ein. Sie hätte ein Konzept entwickeln müssen, wie sie die Veranstaltung der HoGeSa noch zu Beginn oder während der Veranstaltung hätte verbieten können. Es wurden keine weiträumigen Kontrollpunkte errichtet. Noch nicht einmal Platzverweise wegen zu starkem Alkoholgebrauch wurden erlassen, geschweige denn gab es Verhaftungen von Neonazis, die den Hitlergruß zeigten. Mag sein, dass die Polizei sich mit den 4800 HoGeSa-Anhängern total verschätzte. Sie hatte zu keinem Zeitpunkt eine wirksame Strategie, einen derartig gewaltsamen Aufmarsch in den Griff zu bekommen.

Zivilisten und Journalisten wurden gewalttätig angegriffen und der Kölner Stadt-Anzeiger bemerkt zu Recht, dass es zum Glück keine Tote gegeben habe.<sup>4</sup>

### Aufklären und personelle Konsequenzen

Vor diesem Hintergrund von einem erfolgreichen Polizeieinsatz zu sprechen ist schon weltfremd und fahrlässig. Innenminister Jäger und Polizeipräsident Albers wollen den Konflikt aussitzen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, weil sie es zu weit getrieben haben:

Mit einem Großaufgebot überfiel die Polizei am 6. November um 6 Uhr mor-

gens die Flüchtlingsunterkunft in der Herkulesstraße in Köln-Ehrenfeld. Dabei waren mehr Polizeibeamte im Einsatz als auf der Demonstration „Hooligans gegen Salafisten“. Im Flüchtlingswohnheim leben 640 Flüchtlinge, mindestens 300 davon sind Kinder und Jugendliche, und damit wurden alle Personen unter Generalverdacht gestellt.

Schwarz gekleidete Polizisten umstellten die Gebäude und drangen in die Zimmer ein. Insgesamt sollen vier Intensivtäter gefasst worden sein. Menschen, die vor kurzen noch auf der Flucht waren, wurden mit einem massiven Polizeiaufgebot konfrontiert. Bei den vielen unschuldigen Flüchtlingen und Kindern und Jugendlichen wird eine erneute Traumatisierung anscheinend in Kauf genommen und das Kindeswohl vernachlässigt. Unvorstellbar, dass den Verantwortlichen hier die Hemmschwelle fehlt.

Anscheinend hat sich seit dem Versagen der Staatsorgane gegenüber den NSU-Verbrechen nichts geändert. Migranten und Flüchtlinge werden mit unverhältnismäßigen Mitteln verfolgt, Rechtsextreme dürfen beinahe ungestraft Menschen einschüchtern und verletzen. Schon allein die Zahl der eingesetzten Beamten spricht in jeder Hinsicht Bände. Polizei und Innenminister wollen von eigenen Fehlern nichts wissen und stellen sich nicht der Diskussion. Das ist kein gutes Zeichen für den kürzlich beschlossenen NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag. Das dürfen sich die Stadtgesellschaft und auch der Kölner Rat nicht gefallen lassen.

Jörg Detjen

### Quellen:

- 1 <http://hogesa.info/?p=32>
- 2 [www.wikipedia.org/wiki/Patriotismus](http://www.wikipedia.org/wiki/Patriotismus)
- 3 FAS, vom 2. November 2104
- 4 Kölner Stadt-Anzeiger vom 5.11.2014

# Aus den Bezirken

## ■ Sülz

### Tag der guten Nachbarschaft

Der am 21. September geplante „Tag des guten Lebens“ in Sülz musste leider wegen des notwendigen organisatorischen Vorlaufs auf Mai nächsten Jahres verschoben werden. Allerdings fand unter dem Motto „Tag der guten Nachbarschaft“ in der Palanterstr. 55 ein Politisches Frühstück zum Thema „Sülz – immer schicker, immer teurer?“ statt, zu dem die Hausbewohner eingeladen hatten. Immerhin ließen es sich die Bezirksbürgermeisterin Blömer-Frerker (CDU) und ihr Stellvertreter Roland Schüler (Grüne) nicht nehmen, sich an der Debatte zu beteiligen, die durch Inputs eines Stadtplaners und den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Kölner Stadtrat Jörg Detjen eingeleitet wurde.

Die Grundstücks- und Mietpreise in Sülz sind ziemlich hoch und steigen weiter. Der Stadtteil hat sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich gewandelt – von einer Handwerker- und Arbeitersiedlung zu einem Veedel, dass bei gut verdienenden jungen Menschen extrem beliebt ist. Die Handwerksbetriebe in den Innenhöfen sind zum Teil Kleinunternehmen der Film- und Medienbranche, der Werbeindustrie und Kunstschaffenden gewichen. Mit der Errichtung der neuen Wohnsiedlung am Beethovenpark wurde der Trend zu einem Veedel, in dem viele Jüngere mit überdurchschnittlichem Einkommen wohnen, befestigt und zu einem gewissen Anschluss gebracht.

Obwohl es noch einige Baulücken gibt, sind die Spielräume für eine künftige Neuorientierung begrenzt. Die Entwicklung wird nicht mehr rückgängig gemacht werden, zumal die mit der gewandelten Sozialstruktur einhergehende urbane Infrastruktur (Geschäfte, Außengastronomie, Grünflächen etc.) für die Bewohner selbst mit einer ziemlich hohen Lebensqualität verbunden ist. Aber graduelle Veränderungen könnten das Veedel sozialer und multikultureller machen. Noch gibt es in Sülz relativ viele Genossenschaftswohnungen. Dies sollte ein Ansatzpunkt sein, neue preisgünstige Wohnungen zu bauen und ein bezahlbares Mietpreisniveau zu sichern. Im Stadtbezirk Lindenthal insgesamt liegt der Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen bei nur noch 1 %. Das soll nicht so bleiben.

Ein zweiter Ansatzpunkt: Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, der in Sülz nicht einmal bei der Hälfte von Ehrenfeld liegt, sollte spürbar gesteigert werden. Wie das gelingen kann, darüber wird man sich noch mehr Gedanken machen müssen.

Drittens: Das Land sollte mehr Flüchtlinge aufnehmen, die dezentral in inner-

städtischen Wohnungen untergebracht werden.

In der Diskussion wurde über zahlreiche Vorschläge gesprochen, wie man durch entsprechende bauplanerische Vorgaben und durch Bürgerengagement die einseitig auf Vermögensbesitzer ausgerichtete Stadtentwicklung stoppen und umkehren kann. Sie weiterzuentwickeln und breiter bekannt zu machen, dürfte eine dringliche Aufgabe sozialer und nachhaltiger Kommunalpolitik sein. Der Tag des guten Lebens im nächsten Jahr sollte die Gelegenheit bieten, hier fortzufahren.

*Paul Schäfer*

## ■ Lindenthal

### Die erste Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal wird möglich

Es tut sich was im Stadtbezirk Lindenthal. Nach jahrelanger Blockade hat die CDU im Stadtbezirk einen bemerkenswerten Positionswechsel vollzogen. Statt wie bisher einseitig auf den Ausbau der Gymnasien zu setzen, trägt sie nun einen gemeinsamen Antrag in der Bezirksvertretung mit, in dem CDU, Grüne und DIE LINKE den Bau mindestens einer Gesamtschule im Stadtbezirk fordern. Diesen Antrag haben wir in der Bezirksvertretung auf der letzten Sitzung beschlossen.

Es ist ein Durchbruch. Jetzt gilt es, die Pläne so zügig wie möglich umzusetzen. Noch streiten wir mit der Verwaltung über geeignete Standorte und unter den Parteien über die richtigen pädagogischen Konzepte. Das alles ist lösbar.

Jetzt müssen die Eltern noch dokumentieren, dass der Bedarf so groß ist, wie wir das erwarten und möglicherweise nicht nur eine, sondern mehrere Gesamtschulen im Stadtbezirk Lindenthal benötigt werden. Wir bleiben am Ball.

*Lothar Müller*

## ■ Rodenkirchen

### Ampellösung an der Haltestelle HerthasträÙe

Damit endlich auch an der Haltestelle "HerthasträÙe" in Zollstock eine Ampel eingerichtet wird, habe ich einen entsprechenden Antrag zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung eingereicht.

Diese Ampel, welche mit Vorrangschaltung ausgestattet werden soll, ist der Wunsch vieler Zollstocker Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere Seniorinnen und Senioren, aber auch Menschen mit Behinde-



**Keine Ausnahme, sondern die Regel. Autofahrer halten nur ungeru. Bild: Bronisz**

rungen, wünschen sich eine solche Ampel da sie an der Querung verunsichert sind. Auch Schulkinder würden von einer Ampel profitieren, da sie gerade oftmals der Bahn nachrennen. Nicht selten setzen sture Autofahrer, getreu dem Motto, "Jetzt komme ich", knallhart ihre Linie durch, an einer Querungshilfe nicht halten zu müssen. Dieses Problem muss gelöst werden. Ein von mir bereits 2011 beantragter Zebrastreifen wurde deswegen abgelehnt, da Zebrastreifen auf Straßen, in denen Schienen verlegt sind, nicht aufgetragen werden dürfen.

An jeder Haltestelle entlang des Hönninger Weges befindet sich mindestens eine Ampel. Sie sollen sicherstellen, dass Fußgänger entweder sicher die andere StraÙenseite oder aber sicher ihre StraÙenbahn erreichen. Nur an der Haltestelle HerthasträÙe hat man sie ausgelassen. Warum eigentlich? Gerade hier ist eine Ampel schon alleine wegen der Nähe zu den Seniorenzentren wichtig.

Befürchtungen, nach denen durch eine Ampel der Verkehrsfluss gestört werden könnte sind insofern unbegründet, als dass der Autoverkehr ohnehin an den Haltestellen gestoppt wird, sobald eine StraÙenbahn einfährt. Zudem hätte eine Ampelanlage den Vorteil, dass endlich auch die vorgeschriebenen 30 km/h zwischen HerthasträÙe und Gottesweg eingehalten werden. Wenn auch zwangsweise ... Immerhin gibt es nicht wenig Kandidaten die 30 von 50 offenbar nicht unterscheiden können.

In den letzten Jahrzehnten wurde Köln zu einer autogerechten Stadt ausgebaut. Wir brauchen aber eine Stadt, in der alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt behandelt werden. Fußgänger und Nutzer des ÖPNV sind immer am Ende der Verkehrskette und stets benachteiligt. Dies muss sich endlich ändern.

In der kommenden Sitzung wird sich zeigen, ob man sich wieder hinter den sogenannten "Sachzwängen" verschanzt und Kostengründe vorschiebt, um eine Ampel abzulehnen oder ob man nun Vernunft walten lässt und einer Ampellösung zustimmt.

*Berthold Bronisz*

# Aus den Ausschüssen

## ■ Sport

### Bundeswehreinsatz im Inneren

Auf dem diesjährigen Köln Marathon waren Bundeswehrsoldaten und Soldatinnen als Ordner eingesetzt. Dazu erreichten uns auch einige besorgte Emails von Kölnerinnen und Kölnern, die den Imagewandel von einer kriegführenden Armee in die hilfreichen netten Männer und Frauen von nebenan mit ebenso großer Sorge betrachten wie wir.

Deshalb wollte DIE LINKE im Sportausschuss u. a. wissen, wieso der Veranstalter keine Zivilpersonen für die Aufgaben eingesetzt hat und ob auch die Stadt Köln bei Veranstaltungen auf das Heer zurückgreift. Eine Beantwortung steht noch aus.

*Gisela Stahlhofen*

## ■ Kunst und Kultur

### Theatersterben vorprogrammiert

Noch am 1. Juni 2014 bekannte sich SPD-Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes im KulturForum-Gespräch mit Kulturamtsleiterin Barbara Foerster zu der Notwendigkeit, die Förderung der freien Theaterszene durch Fortschreibung des sog. Feuerwehrtopfes zu sichern. Aus diesem Topf erhielten verschiedene Bühnen und Gruppen seit 2012 jährlich 200.000 Euro. Doch im Kulturausschuss am 28.10. war davon nicht mehr die Rede – weder bei der SPD noch bei den Grünen.

Zwar gibt es nach wie vor deutliche Signale aus der Verwaltung, den Fördertopf erneut in den Haushalt aufnehmen zu wollen. Doch die rot-grünen Mehrheitsfraktionen verhinderten vehement ein dementsprechendes Ausschussvotum. Offensichtlich in vorausweisendem Gehorsam gegenüber ihren Gesamtfractionen weigerten sich die Kulturpolitiker\*innen, mit der Forderung nach dem Feuerwehrtopf zumindest den Bedarf für die freien Theater zu dokumentieren.

Nach diesem unwürdigen Schauspiel kündigt sich im Kölner Theaterleben eine echte Tragödie an. Denn die nun wahrscheinliche Kürzung um 200.000 Euro betrifft vier wichtige Akteure der Kölner Szene, deren Förderung der zuständige Theaterbeirat ausdrücklich empfohlen hatte: Das Theater der Keller, das Theater Tiefrot, das Casamax-Theater und raum 13 werden nach Stand der Dinge im Jahr 2015 keine städtischen Gelder erhalten. Damit hat die freie Theaterszene 13,6 % weniger städtische Gelder zur Verfügung als 2012 und wird auf den regulären Fördertopf zurückgeworfen, der seit 2008 nicht mehr erhöht

wurde. Mit ihrer zynischen Haltung treiben Rot-Grün vier erfolgreiche Theater Achsel zuckend in die Existenzkrise. Deshalb wird sich DIE LINKE innerhalb und außerhalb des Rats vehement für eine kurzfristige Fortschreibung des Feuerwehrtopfes bzw. um eine Erhöhung des Gesamtetats um 300.000 Euro einsetzen.

*Sebastian Tautkus*

## ■ Umwelt

### Sperr den Müll ein

Beim Sperrmüll gibt es in den Städten und Gemeinden in NRW keine einheitlichen Regelungen. Das fängt bei den Kosten an und reicht bis zu der Frage, wem das, was



### Gönt die Stadt keinem anderen: Sperrmüll

*Foto: Hartmut910 / pixelio.de*

man an den Wegesrand stellt, dann eigentlich gehört. Die NRW-Kommunen haben unterschiedliche Regelungen, was den Umgang mit abzuholendem Sperrmüll angeht. In der in Köln gültigen Abfallsatzung heißt es in §13: „Abfälle nach Abs. 1 und § 14 Abs. 5 sind am Abholtag bis spätestens 7.00 Uhr grundsätzlich zu ebener Erde an der zur Straße gerichteten Grundstücksgrenze bereitzustellen.“ In der Landeshauptstadt ist Sperrmüll am Abfuhrtag bis 6.00 Uhr bereitzustellen, falls dies nicht möglich ist, frühestens ab 20.00 Uhr des Vortages. In Bochum darf man seinen Sperrmüll am Vorabend an der Straße bereitzustellen. Und in Essen setzt man mehr auf Apelle: „Bitte achten Sie darauf, dass die Sperrmüllgegenstände möglichst erst am Abfuhrtag bis 7.00 Uhr, frühestens jedoch am Abend zuvor ab 18.00 Uhr, und nicht schon einige Tage vorher ebenerdig an die Straße gestellt werden.“

Leider aber ist in Köln die Auslegung weniger tolerant und es kommt vor, dass so genannte Müllsünder Ordnungsstrafen oder zumindest Androhungen solcher erhalten. DIE LINKE regt daher an, dass auch Köln zumindest quartierweise - dort

wo es die verkehrliche Situation zulässt - andere Rausstellzeiten testen sollte. Ob und in welcher Form es tatsächlich zu Diebstählen kommt, zu wessen Lasten diese gehen und wie diese zu verhindern sind, steht dabei auf einem anderen Blatt.

*Hamide Akbayir*

## ■ Verkehr

### Es werde Netz!

Die zweite öffentliche Veranstaltung zum Radverkehrskonzept Innenstadt fand am 20. Oktober statt. Thema war "Netz und Priorisierung". Bezirksbürgermeister Andreas Hupke und der städtische Fahrradbeauftragte Jürgen Möllers begrüßten die zahlreichen Gäste. Neben ihnen auf dem Podium fanden sich Vertreter der vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik beauftragten Gutachterbüros, des VCD, des ADFC,

der IHK und des ADAC.

Zunächst stellte Peter Gwiasda vom Planungsbüro „VIA“ das für die Innenstadt erarbeitete Haupttroutennetz vor. Es gilt als Bestandsaufnahme der vorherigen Veranstaltung zum Radverkehrskonzept Innenstadt. Thema dort war die "Grundlagen-sammlung und Bestandsaufnahme - Was ist Ihnen besonders wichtig?". Zudem flossen zahlreiche Anregungen aus dem ersten Bürgerhaushalt mit ein.

Anschließend hatten die Podiumsvertreter die Möglichkeit ihre Positionen darzustellen. Sehr fundiert und anschaulich tat das Joachim Schalke vom ADFC, der zahlreiche Verbesserungsvorschläge präsentierte und auch noch mal auf die kritischen Stellen aufmerksam machte, u. a. die Querung von Plätzen und der Rheinbrücken. Nach einer kurzen Pause, die für angeregte Gespräche zwischen Podium und Gästen genutzt wurde, hatte das Publikum die Möglichkeit Fragen zu stellen und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Diese zweite Runde verlief sehr konstruktiv. Es wurden viele gute Vorschläge und Hinweise eingebracht, die dann hoffentlich im überarbeiteten Radverkehrskonzept ihren



Niederschlag finden werden.

Leider scheint es mit der Umsetzung des Konzept nicht weit her zu sein. Aktuell soll die Straße Am Kumpchenshof verbreitert werden, um eine extra Abbiegespur für Autos in das Parkhaus des Mediaparks zu schaffen. Im Radverkehrskonzept ist exakt diese Stelle für den Ausbau der Radverkehrinfrastruktur vorgesehen.

## ■ Stadtentwicklung

### Ein neuer Stadtteil im Südosten

Ein neuer Stadtteil soll entstehen. Die künftigen Bewohner/-innen werden fußläufig den Rhein und das beliebte Ausflugsziel Groov erreichen. Auf 50 Hektar Ackerland sollen in den nächsten Jahren bis zu 2.500 neue Wohnungen in zwei Bauabschnitten (1. Zündorf Süd, 2. Loorweg) entstehen. Damit könnte im Kölner Südosten ein wichtiger Beitrag zu den 50.000 neu zu bauenden Wohnungen bis 2030 geleistet werden. Zum Vergleich: Auf dem Nippeser Clouth Gelände werden derzeit 1.000 Wohnungen auf circa 14,5 ha Fläche gebaut. Die wesentlich geringere Dichte in Zündorf ist aber gerechtfertigt, da die vorhandene Struktur in Zündorf sehr kleinteilig ist. Der Ort ist geprägt von Einfamilienhäusern, Hofanlagen und natürlich der Groov. Die Verwirklichung dieses Projektes ist eine Herausforderung. Viele Probleme sind zu bewältigen, die in diesem Artikel nur angerissen werden können. Die Linksfraktion wird das Projekt intensiv begleiten und die Leserschaft dieser Zeitung fortlaufend informieren.

#### Der Verkehr

Die aktuelle Situation in Zündorf ist unbefriedigend. Schon heute beeinträchtigt der Autoverkehr die Lebensqualität in dem Dorf enorm. Eine Umgehungsstraße mit Anbindung an die Flughafenautobahn, die Verlängerung der Linie 7 um zwei Haltestellen, der Ausbau der Park-and-Ride-Anlage, eine leistungsfähige Busanbindung des Areals an den S-Bahnhof Wahn und eine

gut ausgebaute Fahrradverbindung an die S-Bahn sind unverzichtbar. KVB und Stadt sind zuversichtlich, dass die Buslinie und die Stadtbahn bis 2019 fertig gestellt sind. Außerdem soll die Schnellbuslinie 55 nach Bonn künftig bis zur neuen Endstation der Linie 7 „Ranzeler Straße“ fahren. Der Bau der Umgehungsstraße L 274 n hängt an Kostenzusagen der Landesregierung. Diese hat aber Zustimmung signalisiert, wenn das Neubaugebiet wie vorgesehen realisiert wird.

#### Das Stadtklima

In dem zu bebauenden Gebiet liegt eine Kaltluftinsel, die insbesondere zur Abkühlung von Tropennächten wichtig ist. Eine alte Rheinschleife stellt das Zentrum dieser Kälteinsel dar. Die Neubebauung ist so anzuordnen, dass diese Kaltluftinsel weitgehend erhalten werden kann.

#### Struktur des neuen Stadtteils

Die Entwicklung eines solchen Stadtteils mit mehreren Tausend Einwohnern erfordert eine nachhaltige Planung. Ein Mix aus verschiedenen Formen des Wohnens und auch ein Mix der Architektur soll unter anderem durch die Gewinnung von Baugruppen für ein Teil des Areals gewährleistet werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass auch die GAG als kommunales Unternehmen zum Zuge kommt. Immerhin sind circa 80 % des Bodens im städtischen Besitz.

#### Nahversorgung und soziale Infrastruktur

Erfahrungsgemäß ziehen viele junge Familien in solche Neubaugebiete. Die Kita- und Schullandschaft muss nachhaltig geplant werden. In die Planungen müssen auch Überlegungen einbezogen werden, wie die Altersstruktur in dem Stadtteil 20 Jahre nach dem Erstbezug aussehen wird. Eine qualitativ hochwertige Nahversorgung in Zündorf zu etablieren stellt eine große Herausforderung dar. Die unmittelbare Nachbarschaft des Rhein-Sieg-Kreises wird es fast verunmöglichen, großflächigen Einzelhandel in unmittelbarer Nachbarschaft des Wohngebietes auszuschließen. Kleine Einzelhändler und Fachgeschäfte werden es dem entsprechend schwer haben.

Michael Weisenstein

## ■ Stadtentwicklung

### Zweck-WG auf dem Roncalli-Platz?

Die Neugestaltung der südlichen Domumgebung wird nicht so heiß gegessen, wie sie in der Presse hochgekocht wird. Denn das letzte Wort hat wie so oft die katholische Kirche, die als notorische Großgrundbesitzerin ihren Daumen auch auf dem Teil der Domplatte hat, dessen Bebauung aktuell

diskutiert wird. So lange das Domkapitel seinen Daumen nicht hebt, bleibt die städtische Planungswerkstatt zu diesem Projekt eine reine Fingerübung. Ihm gehören 60 % des Grundstücks, auf dem nach dem Willen von OB Jürgen Roters ein neues Gebäude entstehen soll, in dem zukünftig das Kurienhaus, die Verwaltung des Römisch-Germanischen Museums und – als Novize auf der Domplatte – das Kölnische Stadtmuseum in einer illustren Wohngemeinschaft zusammenleben sollen.

Der üppige Raumbedarf der drei Nutzer verlangt ein gewaltiges Bauvolumen von über 17.000 qm Bruttogeschossfläche. Dieser gewaltige Klotz würde das Gesicht Kölns nachhaltig verändern. Denn der geplante Standort ist der Bereich der südlichen Domplatte zwischen Römisch-Germanischen-Museum und den Altstadthäusern an der Straße Am Hof. 13 renommierte Architekturbüros aus Köln, Berlin, Stuttgart, München, Zürich und London sollen in der Planungswerkstatt den Nachweis erbringen, dass sich das geplante Raumprogramm am angedachten Ort tatsächlich unterbringen lässt. Jedes dieser Büros hofft natürlich auf einen Auftrag, darum sagt jedes Büro: Das geht. Doch geht das wirklich?

Die Domplatte ist zum einen nur ein Parkhausdach. Doch dieses Denkmal für den motorisierten Individualverkehr ist zum anderen auch das monumentale Zeugnis eines radikal modernen Städtebaus. So präsentiert sich der Dom auf dieser Platte wie von unten durchgeschossen. Diese kraftvolle Inszenierung aus den 60er Jahren setzt sich in der südlichen Domumgebung mit dem campusartigen Ensemble aus Museum Ludwig, Römisch-Germanischem Museum und Kurienhaus fort. Die Moderne mit ihrer weithin offenen Platzgestaltung kontrastiert hier mit der Gotik, mit römischen Zeugnissen und mit der mittelalterlichen Altstadt. Die architektonischen und kulturellen Brüche in dieser Gemengelage werden vor allem am ungestalteten Südende des Roncalli-Platzes sichtbar und an der Westansicht des Kurt-Hackenberg-Platzes, die bislang aus einer Tiefgarageneinfahrt und einer Gebäuderückseite ‚komponiert‘ ist.

Sicher: Das kölnische Stadtmuseum braucht ein angemessenes Zuhause. Aber: Für uns stellt sich schon die Frage, ob die von OB Roters ausgelobte Zweck-WG der richtige Katalysator für die Bewältigung dieser städtebaulichen Jahrhundertaufgabe ist, ob Büronutzungen das richtige Gesicht für die gute Stube Kölns sind und ob man das neue Gebäude von der Kopfgeburt einer Via Culturalis her denken muss, die so tut, als beschränke sich das kulturelle Leben Kölns auf das römische Stadtzentrum. Doch für die Antworten können wir uns ruhig Zeit lassen. Denn die Kirche denkt in anderen Zeiträumen als wir Sterblichen. Und die hat das letzte Wort.

Sebastian Tautkus

## Tonnenideologie

Sie steigt und steigt - die Anzahl der Offenen Ganztagsplätze in den Kölner Grundschulen: mit dem jetzt begonnenen Schuljahr 2014/15 von bislang 24.000 auf 26.500. Eine positive Nachricht, gewiss. Und die großen Ratsparteien werden nicht müde, sich deshalb stolz auf die Schultern zu klopfen. Aber war diese Anhebung wirklich der große Wurf, der auf dem Feld der Offenen Ganztagschulen in Köln so dringend Not tat? Die Antwort, kurz und eindeutig: nein!

Was da so bejubelt wird, ist lediglich eine zahlenmäßige Ausweitung. Die seit Jahren bekannten qualitativen Mängel des Offenen Ganztags aber bestehen nach wie vor weiter. Sie betreffen, wie im Platzjabbeck schon mehrfach aufgezeigt, die pädagogische Arbeit sowie die personelle und sachliche Ausstattung - also die entscheidenden Komponenten des Ganztagsbetriebs an den Grundschulen.

Besonders schwer wiegt das vielfache Fehlen angemessener Qualifikation der eingesetzten pädagogischen Kräfte. Sie beruht vor allem auf der unzumutbar niedrigen Entlohnung. Die aber kann nicht steigen, wenn, wie geschehen, in diesem Jahr zum zweiten Mal in Folge die städtischen Zuschüsse für den Ganztagsbereich abgesenkt wurden.

Die Kritik an diesen Zuständen wird sowohl von der Schulverwaltung als auch durch die großen Ratsparteien weitgehend ignoriert. So wurde im Schulausschuss auf eine seit Frühjahr 2013 laufende Anfrage der LINKEN zu den Mängeln des Kölner Ganztags nur nichtssagend und hinhaltend reagiert. Und SPD/Grüne/CDU/FDP halten es nicht für erforderlich, auch in der neuen Legislaturperiode wieder einen Unterausschuss Ganztags einzurichten. Dessen wichtigste Aufgabe aber wäre die Qualitätskontrolle - die freilich auch im bislang bestehenden Unterausschuss nicht stattfand.

So begnügen sich die Schulverwaltung und die großen Ratsparteien damit, den zahlenmäßigen Ausbau des Ganztags zu bejubeln, während das Niveau der Arbeit miserabel bleibt. Eine dermaßen realitätsblinde Euphorie lässt sich nur als Ausdruck einer auf Zahlen reduzierten Tonnenideologie verstehen. *Oswald Pannes*

## ■ Wirtschaft

### Sonntagsöffnung

Seit Jahren kämpft DIE LINKE zusammen mit Gewerkschaften und den Kirchen gegen die Ausweitung der Sonntagsöffnungszeiten - und das meist aus unsinnigem Anlass. In einem Offenen Brief von DGB, verdi, Katholikenausschuss, Katholischer Arbeitnehmerbewegung und Evangelischem Kirchenverband appellieren sie an die Fraktionen vor der Entscheidung über die Sonntagsöffnungen 2015 auf der kommenden Ratssitzung den Kriterienkatalog zu den erlaubten Anlässen zu überarbeiten. Wir dokumentie-

ren Auszüge aus dem Offenen Brief:

[ ... ] „Die Rechtslage ist eindeutig: Die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen ist gesetzlich geschützt. Von der grundsätzlichen Arbeitsruhe darf nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden.

Der Schutz des Sonntags ist nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ein „Garant für die Wahrnehmung von anderen Grundrechten, die der Persönlichkeitsentfaltung dienen“. Es gibt kein Recht auf eine Sonntagsöffnung im Einzelhandel. [ ... ] Um Sonntagsöffnungen zu legitimieren, sind besondere Anlässe notwendig. Wirtschafts- oder Tourismusförderung oder die Konkurrenz zu anderen Städten in der Region sind keine Anlässe, die eine Sonntagsöffnung rechtfertigen. [ ... ]

Die Anlässe, wie sie in den unterschiedlichen Beantragungen vorgelegt wurden, sind nicht geeignet, den Anforderungen der Rechtsprechung gerecht zu werden. Sie werden überwiegend von den Verkaufsstelleninhaber/innen geschaffen, um überhaupt einen Anlass vorweisen zu können. Eine Notwendigkeit, die Anlassveranstaltungen an einem Sonntag durchzuführen, besteht in keinem der vorliegenden Fälle. [ ... ]

Transparente Kriterien sind notwendig: Den von der Stadt Köln gewählten Weg, Kriterien für die Genehmigung von Sonntagsöffnungen zu entwickeln, halten wir grundsätzlich für richtig. Schon während der Beratungen für die Sonntagsöffnung 2014 haben einzelne Mitglieder der Kölner Allianz für den freien Sonntag deutlich gemacht, dass der vorliegende städtische Kriterienkatalog nicht die notwendige Klarheit bietet, um als Grundlage für die Genehmigung von Sonntagsöffnungen zu dienen. Leider wurde diese Kritik bisher weder für die Sonntagsöffnungen 2014 noch für die geplanten Öffnungen 2015 von der Verwaltung und den Mitgliedern des Rates aufgenommen.

Wir appellieren eindringlich an die Mitglieder des Rates, vor einer Beschlussfassung den Kriterienkatalog im Sinne von Klarheit und Transparenz zu überarbeiten.“ [ ... ]

DIE LINKE wird auf der Novemberratsitzung gegen die Vorlage stimmen.

## ■ Allg. Verwaltung und Rechtsfragen

### Frauenförderplan

Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 22 % weniger als Männer. In der Rente ist die Ungleichverteilung mit 59,6 % noch dramatischer. „Auch im öffentlichen Dienst findet sich dieses „gender pay gap“, in etwa die „Lücke zwischen den Einkommen der Geschlechter“.

Für Frauen in Führungspositionen sieht der Frauenförderplan umfangreiche Maßnahmen vor. 52 % der Führungspositionen sind von Frauen besetzt, ohne Kitaleitungen allerdings nur 44 %. Angestrebt ist auf 64 % zu kommen, analog dem Anteil von Frauen bei den Beschäftigten. Dieses Ziel einer fairen Verteilung soll in Etappen erreicht werden. so soll der Anteil bis 2017 zunächst auf

55 % gesteigert werden.

Auf der anderen Seite der Lohnskala sind die Arbeitsbedingungen für Frauen oftmals existenzgefährdend. Zur Existenzsicherung braucht eine kinderlose Person im Moment 1.118 Euro Bruttoverdienst. Rechnet man den Aufbau einer späteren, existenzsichernden Rente dazu, müssen es schon 2.175 Euro im Monat sein. Der Vollzeitlohn in der untersten Gehaltsstufe der Stadt (E1) beträgt nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit aber lediglich 1.631 Euro brutto. Die Reinigungskräfte bei der Stadt arbeiten aber, ebenso wie die Hauswirtschaftskräfte in der Kita, ausschließlich in Teilzeit. Eine Putzkraft verdient bei 17,5 Stunden pro Woche nur 732 Euro. Davon kann frau nicht leben. Der aktuelle Frauenförderplan sieht einige gutgemeinte Gegenmaßnahmen vor. Dazu gehört, bei den Teilzeitskräften (90 % davon Frauen) stärker für eine zumindest Vollzeitnahe Beschäftigung ab 32 Stunden zu werben. Flankiert werden soll das durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch frühzeitige Beratung, ein Wiedereinstiegsmanagement, eine Notfallbetreuung und einiges mehr. Das nützt aber den Putzfrauen und Hauswirtschaftskräften nichts, für die von vorneherein keine Vollzeitstellen angeboten werden.

Auch eine Qualifizierungsoffensive für die niedrigste Lohngruppe ist zunächst nicht verkehrt. Damit sollen Reinigungskräfte zu besser bezahlten Hallenwartinnen oder Museumswächterinnen qualifiziert werden. Die frei gewordenen Stellen werden allerdings wieder nach E 1 besetzt. Eine echte Maßnahme zur Existenzsicherung ist nur die von der LINKEN immer wieder geforderte Eingruppierung zumindest in E 2.

*Hamide Akbayir*

### Pro Familia bleibt in Kalk!

Seit über 10 Jahren macht Pro Familia in den angrenzenden Räumen der Bezirksvertretung Kalk gute und wichtige Arbeit für den ganzen rechrheinischen Bereich. Dann aber kam im Sommer die Kündigung. Der Verein sollte entweder eine nicht ortsübliche Miete akzeptieren oder sich einen neuen Standort suchen. Uschi Röhrig und ich besuchten auf Einladung an die Fraktionen die Mitarbeiterinnen der Einrichtung und versuchten eine Lösung für den bestehenden Standort zu finden. Auch unser Kalker Fraktionsvorsitzender Heinz-Peter Fischer unterstützte das Anliegen aktiv in der Bezirksvertretung. Nach vielen Gesprächen war es dann endlich soweit. Pro Familia darf in den Räumen bleiben! Nach der letzten Ratssitzung sagte die Verwaltung uns zu, dass der Standort jetzt gesichert ist. Wir werden ein Auge darauf haben, dass das auch so bleibt.

*Gisela Stahlhofen*

Hehre Ziele verkünden - am nötigen Geld und Personal sparen:

## Scheitert die Inklusion an der Schuldenbremse?

**Der Integrationsrat, vier Ratsausschüsse und neun Bezirksvertretungen haben seit dem Sommer den Stand der Inklusionsbemühungen an Kölner Schulen diskutiert, aus Anlass der Kölner „Zwischenbilanz 2014“. Was ist herausgekommen?**

Die Stadt Köln hatte mit dem Inklusionsplan von 2012 im Vergleich zu anderen Kommunen einen sehr ernst zu nehmenden Prozess eingeleitet. Die kompetente und für die Inklusion engagierte Bildungsdezernentin Agnes Klein hatte Wert auf eine breite Einbeziehung aller Gruppen und Organisationen gelegt, die zum Umbau der Schulen zu einem „inklusiven Lebens- und Lernort“ einen Beitrag leisten können, darunter Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Betroffenenorganisationen. Für die Schulen selbst sollte es dann laut Plan von der Stadt unterstützende Angebote geben: zur Information und Fortbildung aller Lehrenden, zur gegenseitigen Vernetzung und zur Entwicklung von Konzepten. Nicht zuletzt muss hier auch der Beschluss des Rates vom April 2014 gesehen werden, auf dem ehemaligen Helios-Gelände in Ehrenfeld die erste Gesamtschule dieses Stadtteils zu gründen. Der Bau dieser inklusiven Universitätsschule kostet die Stadt mindestens 90 Millionen Euro.

Zwei Jahre nach Beschluss des Inklusionsplanes fällt die Zwischenbilanz jedoch zwiespältig aus. Der Anteil der sonderpädagogisch förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schüler, die nun allgemeine Schulen besuchen, ist angestiegen. Gingen von ihnen im Schuljahr 2005/2006 noch 12,4 % auf eine allgemeine Schule, so lag ihr Anteil 2012/2013 immerhin bei 27,2 %.

Dem steht allerdings gegenüber, dass es bei der Inklusion – analog zum Offenen Ganztage – meist deutliche Probleme mit der Qualität des Unterrichts gibt. An den Pionierschulen der Inklusion - sie arbeiten schon viele Jahre inklusiv - wird in diesem Herbst erneut überall festgestellt, dass sich die vom Land intransparent berechnete Personalversorgung weiter verschlechtert hat. 2013 hatte es an diesen Vorreiterschulen - Gesamtschulen in Köln, Bonn, Aachen - große Protestaktionen von Elternschaft und Lehrenden unter dem Motto „Inklusion – aber richtig“ gegeben. Genutzt hat es bisher wenig.

An den neu hinzukommenden Schulen kommt es zu ganz unterschiedlichen, oft improvisierten Lösungen, weil sie ganz alleine auf sich gestellt Konzepte entwickeln müssen. Jede entwickelt für sich quasi das Rad neu. Zudem fehlen zusätzliche Zeitressourcen für Konzeptentwicklung und Besprechungen. Es existieren seitens des Landes NRW, das doch die Einführung der Inklusion anordnet, keine verbindlichen Standards für die Fortbildung von Lehrenden in inklusiven

Gruppen, für den Einsatz von sonderpädagogischen Fachleuten, für die Raum- und Lehrmittelausstattung usw. Auf diese Standards könnten Schulen und Lehrende sich ja dann berufen, denkt die Landesregierung wohl. Zusätzliche Stellen für Sozialarbeiter oder Psychologen vor Ort sind nicht vorgesehen.

Der Zwischenbericht der Stadt Köln spricht selbst deutlich aus, dass das hoch verschuldete Land bei weitem zu wenig Geld für die Einführung der Inklusion bereitstellt. Die Bundesregierung erklärt sich derweil für nicht zuständig. Der Städtetag NRW hatte schließlich versucht auf verschiedene Weise Druck zu machen, dass die Kommunen vom Land mehr Ressourcen erhalten. Tatsächlich erhöhte die Landesregierung daraufhin in diesem Frühjahr die vorgesehenen Gelder. Doch im Rahmen des Schwenks von SPD und Grünen zu einer Politik der Schuldenbremse bleiben die Möglichkeiten gering, den Kommunen und Schulen zu helfen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert aktuell 7000 zusätzliche Stellen für Schulen in NRW.

So muss es nicht verwundern, dass auch die eigens von der Stadt Köln ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Schulen nicht greifen können. Es fehlt an Stellen und an Geld in den dafür gedachten Einrichtungen wie dem Regionalen Bildungsbüro. Dort allein wären 10 Personalstellen mehr erforderlich.

Hinzu kommt ein weiteres Problem: Unter den 43 Kölner Schulen der Sekundarstufe I, die 2012/2013 inklusiven Unterricht anboten, befanden sich nur vier Gymnasien. Und für diese wenigen Inklusionsplätze gab

es noch nicht einmal genügend Bewerbungen. Offenbar trauen die Eltern den Gymnasien keinen wirklich inklusiven, alle fördernden Unterricht zu. Sie haben Angst, dass ihre Kinder die Schule bald wieder aussondert und gedemütigt verlassen müssen. Dennoch besuchen aber rund 50 % der Schülerinnen und Schüler der betreffenden Altersgruppen in Köln aktuell ein Gymnasium. Diese 50 % erleben die weiterführende Schule weitgehend ohne jede Inklusion. Nur ein Zwischenstand?

Es scheint eher, dass das auf Auslese beruhende mehrgliedrige Schulsystem ein Hindernis auf dem Weg dahin ist, Inklusion im umfassenden Sinne herbeizuführen. Und es ist festzustellen, dass das momentane Projekt der Inklusion schon von der Anlage her nur eine halbierte Inklusion ist. Die seit Jahren bekannte Benachteiligung von Kindern aus ärmeren, bildungsfernen Schichten wie von Kindern aus Einwandererfamilien hinsichtlich der Erreichung höherer Bildungsabschlüsse wird im Rahmen der momentan ausgerufenen Form der Inklusion nicht als Problem bearbeitet.

Es gibt also gute Gründe für DIE LINKE, sich weiterhin für ein Gesamtschulsystem, für „Eine Schule für alle“ einzusetzen und Schritte in diese Richtung zu fördern. Und: Die neoliberale Austeritätspolitik sowie die angebliche „Schuldenbremse“ führen dazu, dass den großen Versprechen der herrschenden Politikrichtung nur geringe Taten folgen - im Bildungswesen wie in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge. Deshalb: Jammern wir nicht über die Verhältnisse. Sprechen wir von den Finanzen.

*Heiner Kockerbeck*



**Den Menschen in Guinea  
einen Start in eine gute Zukunft bieten**

Alle Mitarbeiter von Hilfe für Guinea e.V.  
in Deutschland arbeiten ehrenamtlich.  
Jede Spende fließt direkt in die Projekte.

<http://www.hilfe-fuer-guinea.de/>



MAALIH  
Hilfe für Guinea e.V.

## Integrationsrat:

# Linke internationale Liste LiL stellt sich vor

Am 25. Mai wurde neben den Kommunal- und Europawahlen in Köln auch der Integrationsrat neu gewählt. Von insgesamt 91 Kandidatinnen und Kandidaten wurden 22 von den ausländischen Wahlberechtigten in Köln sowie den eingebürgerten Deutschen direkt gewählt. Daneben setzt er sich noch aus 11 vom Rat der Stadt Köln entsandten Mitglieder zusammen.

Die Linke Internationale Liste war bisher im Integrationsrat nicht vertreten. Sie zog das erste Mal mit drei KandidatInnen als Wahlsieger ein: Figen Maleki, Ibrahim Toure und Vilma Ecken. Diesen Erfolg haben wir unserem Wahlprogramm und unserem persönlichen Engagement zu verdanken.

In der konstituierenden Sitzung wurde Tayfun Keltok erneut zum Vorsitzenden gewählt. Durch einem Antrag an den Rat sollte die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von drei auf fünf erhöht werden, um alle Mitglieder in die Arbeit des Integrationsrates einzubinden. Der Rat stimmte dem Antrag zu.

Figen Maleki wurde mit einundzwanzig von dreiunddreißig Stimmen zu eine der fünf stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie wurde außerdem als eine von zehn Delegierten in den Landesintegrationsrat gewählt. Vilma Ecken wurde stellvertretende Delegierte. Inzwischen haben wir im Integrationsrat fünf Arbeitskreise gebildet, um gemeinsam konkrete Ziele bzgl. der gesellschaftlichen, sozialen und politischen Gestal-



**Figen Maleki, Ibrahim Toure und Vilma Ecken (von links)**

tung unserer Stadt zu erarbeiten und mitzubestimmen. Grundlage unserer Arbeit wird das Interkulturelle Maßnahmenprogramm\* sein. Es enthält, geordnet nach den Ratsgremien, konkrete Maßnahmenvorschläge zur Weiterentwicklung des Gesamtprozesses Integration, Vielfalt und interkulturelles Zusammenleben in Köln. Die Vorschläge wurden vom Integrationsrat Köln und von den Expertengruppen zum Integrationskonzept formuliert und von der Verwaltung entsprechend gewürdigt.

Durch die Umsetzung der im Konzept beschriebenen Maßnahmen soll die gleichberechtigte Teilnahme von Migrantinnen und Migranten am öffentlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Köln gestärkt werden. Gleichzeitig werden Toleranz, Akzeptanz und gegenseitiger Respekt zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern in Köln gefördert.

Die Linke Internationale Liste kämpft für ein besseres und gerechtes Leben in Köln. Einsetzen werden wir uns vor allem für neu zugewanderte Flüchtlinge, für die interkulturelle Öffnung der städtischen Verwaltung, für die Einführung des Kommunalen Wahlrechts für MigrantInnen, Fördermittel für Interkulturelle Zentren, mehrsprachige Angebote in Schulen und Kindergärten, Beratung und Anlaufstellen für Wanderarbeiter und ihrer Familien und für die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des NSU-Anschlages in der Keupstraße.

Jedenfalls freuen wir uns auf die Wir sind überzeugt, dass wir im Integrationsrat als Gruppe mit Güldane Tokyürek (Ratsmitglied der Stadt Köln), die uns immer mit Rat und Tat zur Seite steht, sehr gut zusammen arbeiten werden.

*Figen Maleki*  
\* Das Maßnahmenprogramm kann auf der Seite der Stadt heruntergeladen werden

**Auf der Sonderratssitzung im Oktober stand noch einmal der Ratsbeschluss zur Neuauszählung der Kommunalwahl, den Oberbürgermeister Roters angefochten hatte, auf der Tagesordnung. Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede von Jörg Detjen:**

Die Kölner Kommunalpolitik scheint wegen der bevorstehenden Oberbürgermeisterwahlen wie gelähmt. Hier im Rat, aber auch in den Bezirksvertretungen werden Konflikte ausgetragen, die für uns, aber auch für die Wählerinnen und Wähler kaum nachvollziehbar sind.

Lassen Sie uns nach der Konstituierung des Rates Sachprobleme anpacken und erst nach der Stadtratssitzung am 23. Juni 2015 mit dem Oberbürgermeisterwahlkampf beginnen.

Bei der Wohnungspolitik und bei der Flüchtlingspolitik brauchen wir einen breiten Konsens zur Lösung der Probleme hier im Rat. [...]

Kollege Zimmermann von den Freunden, Sie hatten ausgeführt, dass eine Wählerin Ihnen wütend geschrieben habe, dass im Stimmbezirk 40310 die Freunde keine einzi-

ge Stimme bekommen haben, obwohl sie Ihre Partei gewählt habe. Genau das wäre aber ein Grund gewesen, einen Stimmbezirk auszuwählen. Das wäre verantwortliches Handeln gewesen. Die Wählerin hätte mit einem Einspruch und einer eidesstattlichen Erklärung das Wahlprotokoll des Wahlvor-

standes im Stimmbezirk anzweifeln können. Auch wenn das für das Wahlergebnis nicht relevant wäre, hätte der Wahlausschuss beschließen können, eben im pflichtgemäßen Ermessen, dass dieser Stimmbezirk neu gezählt wird und zum Beispiel im Wahlausschuss die Frage diskutiert wird: Waren die Wahlvorstände aufgrund von vier Wahlen – Europa, Rat, Bezirk und Integrationsrat; Letzterer wird immer vergessen – eventuell überfordert? Erst dann wäre es möglich gewesen zu sagen: Jawohl, wir wollen insgesamt auszählen – nur in der Reihenfolge!

## Vorgezogener Wahlkampf

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie behaupten, die SPD wolle nur ihren Oberbürgermeisterkandidaten Jochen Ott schützen. Das Problem ist doch ein ganz anderes: Über die drei Kandidaten, die die SPD hat, kann man wenigstens lästern, herziehen, ätzende Bemerkungen machen. Bei Ihnen von der CDU kann man gar nichts machen. Sie haben ja keine Kandidatin oder Kandidaten.

Deswegen ist der Verleger Neven Du Mont hingegangen und sucht für Sie einen Kandidaten. Ich zitiere den Verleger Neven Du Mont laut Express vom 3. Oktober. „Ich habe mir

viele Gedanken gemacht und Gespräche geführt. Der große Oberbürgermeister dieser Stadt hieß Konrad Adenauer. Er hat zwei Enkel. Der eine heißt Paul Bauwens-Adenauer, der andere Patrick Adenauer. Ich bin der Meinung, dass einer dieser beiden Männer dran ist. Sie sind in der Verantwortung. ... Einer von den beiden sollte sich als Kandidat zur Verfügung stellen. Sie würden von ihrer Partei, der CDU, auf den Händen getragen werden. Zitat Ende. [...]

Lassen Sie uns doch einfach zusehen, dass wir die Probleme anpacken, dass wir die Flüchtlingsfrage lösen, die Wohnungsfrage angehen. Nach dem 23. Juni können wir dann mit dem Wahlkampf zu den Oberbürgermeisterwahlen beginnen. Das ist bestimmt spannend.



## Thementag Energie- wende im Kulturbunker

Der LINKE Bezirksvertreter Klaus Roth eröffnete die Veranstaltung mit einer Präsentation zum neuen Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Er ging dabei auf die mannigfaltigen Verschlechterungen, insbesondere für die kleineren Betreiber von Windkraftanlagen und Photovoltaik, ein. Kundig kritisierte er die Begrenzung des Zubaus neuer Anlagen und erläuterte die Folgen des neu eingeführten Zwanges zur Direktvermarktung der Erneuerbare Energien (EE), ohne dabei die Folgen der Erhebung der EEG-Umlage, auch für die Betreiber von Photovoltaikanlagen außer Acht zu lassen.

Gerade für eine Stadt wie Köln mit ihrem hohen Potential für die Photovoltaik, ihrem recht leistungsstarken, wohl auch ausbaufähigem Stromverteilnetz und einem großen Strombedarf sind dies denkbar ungünstige Voraussetzungen.

Peter Schmidt, Vorstandsmitglied der Wechselstrom Energiegenossenschaft e.G. referierte zur Eigenversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien. Hierbei vermochte er das Einsparpotential, welches sich aus der Eigenversorgung mit Strom ergibt, überzeugend darzustellen. Gleichsam verwies er jedoch darauf, dass Einsparungen im Sinne des EEG eher nachteilig sind und befürwortete daher auch im Einzelfall nur die anteilige Nutzung des Daches und meist nur eine teilweise Deckung des Stromverbrauchs.

Hierzu sei gesagt, das gerade in einer Großstadt wie Köln die Potentiale zur Nutzung der Photovoltaik möglichst ganz ausgeschöpft werden sollten, derweil die Flächen ohnehin schon belegt sind und der Strom auch vor Ort verbraucht wird.

Zuletzt präsentierte Prof. Dr. Ingo Stadler, vom Institut für elektrische Energietechnik seine Vorstellungen eines sektorübergreifenden Energiesystems, welches auch aufgrund der unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten für den erzeugten Strom besonders effektiv und kostengünstig arbeitet. Er erläuterte, welcher Speicheraufwand im Zuge der Verwendung fossiler Energieträger besteht und entkräftete damit die Mär vom unverhältnismäßigen Mehraufwand zur Speicherung erneuerbarer Energien. Eindrucksvoll belegte er, dass man überschüssigen Strom häufig deutlich günstiger in Form von Wärme speichert (Power to Heat). Darüber hinaus ging er davon aus, dass die Energiewende, obgleich sie auf dem Land begonnen wurde, in Städten wie Köln als erstes vollendet wird. Dies geschieht, weil die Infrastruktur in Form eines vorhandenen, gut ausgebauten Gas-, Strom- und Wärmenetzes in groben Zügen im Regelfall schon vorhanden ist.

Aufbauend auf diese Gedanken sollten wir vor allem unseren kommunalen Energieversorger noch stärker in die Pflicht neh-

## Wohnen in Köln:

# Preiswerte Wohnungen fehlen

**Die Stadt Köln hat einen neuen Bericht zur Wohnungssituation vorgelegt. Trotz zahlreicher Beschlüsse auf kommunaler Ebene (z.B. das Kooperative Baulandmodell) und durch das Land NRW (Bereitstellung von Fördermitteln zum Bau von geförderten Wohnungen) bleibt die Kölner Wohnungssituation angespannt. Der Bedarf an Wohnraum in Köln steigt weiterhin an.**

Die Zahl der Haushalte in Köln wird bis 2020 um 16.000 ansteigen. Der Kölner Mietpreis liegt schon heute um 29 % höher als im Bundesdurchschnitt. Von 2012 auf 2013 war erneut ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Für den Quadratmeter wird in einer Wohnung, die in den neunziger Jahren fertiggestellt wurde, eine Kaltmiete von fast 10 Euro fällig. Im Durchschnitt ist eine geförderte Wohnung 3,20 Euro günstiger als eine frei finanzierte Mietwohnung. Bei den preiswerten und geförderten Wohnungen hat sich die Situation in Köln erneut verschärft. Im Jahr 2013 waren nur noch 6,9 % der Wohnungen in Köln Sozialwohnungen, in 2012 waren es noch 7,5 %. 45 % der Kölner/innen hätten aufgrund des Einkommens einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung. Immerhin: In 2013 wurden mit 537 neu gebauten Sozialwohnungen fast doppelt so viel geförderte Wohnungen als im Jahr zuvor fertig gestellt. Dieser Anstieg ist landesweit festzustellen. Mit dieser Fertigstellungsquote liegt man in Köln aber noch weit entfernt vom selbst gesteckten Ziel: Mindestens 1.000 preisgünstige Wohnungen sollten pro Jahr gebaut werden. Nur so ließe sich die Quote der preiswerten Wohnungen halten. Ganz anders stellt sich die Situation bei den teuren Wohnungen dar. In Köln wurden im vergangenen Jahr 3.140 frei finanzierte Wohnungen gebaut. Ein krasses Missverhältnis. An der ungleichen Verteilung von preiswertem Wohnraum innerhalb des Stadtgebietes hat sich ebenfalls nichts geändert. Der Anteil von gefördertem Wohnraum im Stadtbezirk Lindenthal liegt weiterhin unter 2 %.

Obwohl sich die Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt weiter verschärft, wird immer weniger Wohngeld ausgezahlt. 2010 wurden noch circa 22 Mio. Euro an Kölner

men und dabei vor allem auf die richtige Ausrichtung dieser Infrastruktur wie z. B. den Bau von Fernwärmespeichern, welche die Integration der EE erleichtern würden, drängen. Auch dürfen wir nicht müde werden von der Rheinenergie einen beschleunigten Ausbau der EE zu fordern.

Zwanzig Prozent bis 2020 sind möglich und werden von uns weiterhin gefordert!

Gernot Schubert

Haushalte ausgezahlt, im Jahr 2013 waren es nur noch 15. Das hat mehrere Ursachen. Einkommensgrenzen und Mietobergrenzen wurden zuletzt 2009 erhöht. Die Steigerung der Mieten seitdem wird nicht berücksichtigt. Selbst geringe Einkommenssteigerungen sorgen für den Verlust des Wohngelds. Seit 2011 werden zudem die Kosten für Heizung und Warmwasserbereitung nicht mehr bezuschusst. Dadurch haben 9,6 % weniger Haushalte Wohngeld bekommen und der Rest weniger Geld. Der automatisierte Datenabgleich mit Sozialämtern und Jobcentern hat die Zahl der Rückforderungen erhöht (2013 = 2.392 Rückforderungen in Köln). Die Zahl der Kölner Haushalte, die Wohngeld bekamen sank 2013 gegenüber dem Vorjahr um weitere 1.500 auf 7.400.

2012 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 46,7 % der Wohngeldbezieher\*innen Rentner\*innen. Die Zahl der Rentner\*innen, deren Rente zum Leben nicht reicht, ist von 2010 bis 2013 um 20,8 % gestiegen. Aber wer Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung bekommt, verliert damit den Wohngeldanspruch.

Nur die Erhöhung der Einkommensgrenzen und der zuschussfähigen Mieten durch den Bund kann das Wohngeld wieder zu einem wirksamen Instrument der Sozialpolitik machen.

Köln wird aus einem Fördertopf des Landes von 2014 bis 2017 75 Mio. Euro zur Wohnraumförderung erhalten. Diese sogenannten Globalmittel erhalten nur die Wachstumsregionen Köln, Düsseldorf und Münster. Weitere 3,2 Milliarden werden landesweit ausgegeben und zwar für den Mietwohnungsbau, den Neubau und Ersterwerb von Wohneigentum, die Instandhaltung und energetische Sanierung, die Quartiersentwicklung und für das studentische Wohnen.

In dem Bericht der Stadt Köln kommen auch nicht städtische Akteure der Wohnungswirtschaft zu Wort: Der Mieterverein warnt vor stark steigenden Mieten und macht darauf aufmerksam, dass Investoren nicht die Gewinnmaximierung beim Bau von Wohnungen in den Mittelpunkt stellen sollen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: In Köln wird viel Wohnraum hergestellt. Obwohl ein Anstieg beim fertig gestellten preiswerten Wohnraum festzustellen ist, wird der Bedarf bei weitem nicht gedeckt. Instrumente wie das kooperative Baulandmodell und die Bereitstellung von Fördermitteln sind richtig, reichen aber bei weitem nicht aus. Die Stadt und ihre Tochterunternehmen müssen verstärkt selbst preiswerten Wohnraum schaffen.

Michael Weisenstein

# TERMINE

## **Sa., 15. November Gemeinsam Wirtschaften: Köln selbstverwaltete Betriebe stellen sich vor.**

In den letzten Jahren hat das Interesse an kollektivem Arbeiten wieder zugenommen. Aber was genau ist eigentlich gewonnen, wenn man in einem selbstverwalteten Betrieb arbeitet? Ist das schon gelebter Antikapitalismus oder nur eine weitere Spielart des antihierarchischen Neoliberalismus? Vertreter von Kollektivbetrieben – darunter auch die StadtRevue – finden heute auf dem Podium und in kleinen Diskussionsrunden Antworten auf diese Kontroversen.

16.00 Uhr, Alte Feuerwache

## **Das politische Plakat.**

**Workshop mit Philipp Wix,** Reihe Entwicklung bewegt, Mit-VA: Friedensbildungswerk, Anm.: vhs-kultur@stadt-koeln.de, Tel.: 22193580. Ort: VHS Nippes, Neusser Str. 450, 10 bis 16 Uhr.

## **So., 16. November Wahre Kölnerinnen im Vringsveedel. Frauenge- schichte und kölsche Krätzcher,**

Führung, VA: frauengeschichtsverein.de, Treffpunkt: Severinstorburg, Chlodwigplatz, 14 Uhr.

## **Di., 18. November Köln wählt links und kei- ner merkt's? – Chancen und Schwierigkeiten eines breiten linken Bündnisses im Stadtrat.**

Diskussionsveranstaltung mit: Lisa Hanna Gerlach, Piraten, Kirsten Jahn, Bündnis 90/Die Grünen, Martin Börschel, SPD, Jörg Detjen, DIE LINKE, Thor Zimmermann, Deine Freunde, Moderation: Bernd Wilberg, StadtRevue. Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der StadtRevue. Veranstalter: DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln · Piraten, Gruppe im Rat

der Stadt Köln · Deine Freunde, Gruppe im Rat der Stadt Köln

19.30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer-Saal.

## **Rechte Europakritiker – eine Herausforderung für die Linke?**

Mit Thilo Jansen, Wiss. MA in der GUE/NL im europ. Parlament Die Europawahlen haben es gezeigt: in den meisten Ländern gibt es starke Kräfte, die die EU von rechts kritisieren: sie versprechen eine volksnahe Politik gegen die „EU-Eliten“ zugunsten der eigenen nationalen Klientel. Menschen aus verschuldeten Staaten werden diffamiert, Einwanderer und Minderheiten zum Ziel von Kampagnen; verdeckter oder offener Rassismus und Antisemitismus brechen sich Bahn. In Deutschland bündelt die AfD diese Kräfte. Aber: greifen sie nicht ein berechtigtes Unbehagen auf? Fischen da Linke und Rechte im gleichen Gewässer? Wie setzen wir uns damit auseinander? In der Galerie Freiraum, Gottesweg 116a, 50939 Köln, 19.30 Uhr.

## **Do., 20. November Wohin geht Tunesien – was im letzten Jahr geschah.**

Vortrag von Hamza Chourabi, anschl. Diskussion, VA: VHS, Eintritt frei. Ort: VHS Forum, Rautenstrauch-Joest-Museum, 19 Uhr

## **Die Gegenwart der kom- munistischen Vergangen- heit – und ihre Zukunft.**

Vortrag von Bini Adamczak, VA: Jugendclub Courage, Interventionistische Linke, queergestellt u.a. Ort: Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, 19 Uhr.

## **Fr., 21. November Veranstaltung mit Ulla Jelpke und Ulf Petersen zu ROJAVA /Kobanê**

**DIE LINKE.**

**22. November 2014  
11:00 – 18:00 Uhr**

## **Jahreshauptversammlung DIE LINKE. Köln Ort: Barbara-von-Sell-Berufskolleg, Niehler Kirch- weg 118, Köln-Nippes**

Hiermit laden wir dich herzlich ein zur Jahreshauptversammlung 2014. Neben den Neuwahlen u.a. des Kreisvorstandes und dem Beschluss des Arbeitsprogramms werden wir uns auch mit der Situation in der nordsyrischen Stadt Kobane befassen, wo kurdische Kämpfer\*innen versuchen, ihre Stadt gegen die islamistische Organisation IS zu verteidigen.

Mittagessen, Brötchen, Wasser und Café bieten wir an, freuen uns aber über eine Spende. Wir bemühen uns auch um eine Kinderbetreuung. Falls du eine benötigst, melde dich bitte möglichst bis Mittwoch, 19.11. in der Kreisgeschäftsstelle per Telefon (0 22 1 – 240 60 95) oder E-Mail (buero-kv-koeln@die-linke.org)

Angelika Link-Wilden, Peter Heumann,  
Kreissprecher/in

Ort: Naturfreundehaus Köln-Kalk, Kapellenstr. 9A

## **Ein Planet namens Au- schwitz.**

„Topographie und Alltag in einem Konzentrations- u. Vernichtungslager“, Beginn der Ausstellung. Ort: NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus, 10 bis 18 Uhr.

## **Linke Basics. Infos zu ver- schiedenen Strömungen, Begriffen u. Theorien,**

die in „linken“ Diskussionen selten erklärt werden, Thema heute: Rassismus, Referentin arbeitet bei agisra. Ort: Café Fatsch, Josephskirchstr. 25, Kalk, 19 Uhr.

## **So., 23. November Afrika im Ersten Weltkrieg.**

„Eine notwendige Erinnerung“, Themenabend. Ort: Theater im Bauturm, 18 Uhr.

## **16. Dezember 2014, Ratssitzung.**

(mit Liveticker auf stadtrevue.de!). Ort: Ratssaal, Spanischer Bau, Rathaus, ab 14 Uhr.

## **Pankaj Mishra: Aus den Ruinen des Empire. Die Re- volte gegen den Westen und der Wiederaufstieg Asiens. Worum geht es?**

SPIEGEL ONLINE: Auf dem jüngsten Treffen der 20 führenden Industrie- und Schwellenländern erklärte China, künftig nicht mehr die Triebkraft des Weltwirtschaftswachstums zu sein. Warum phantasiert Europa dann eigentlich immer noch von einer baldigen asiatischen Hegemonie?

**Mishra:** Ja, das ist völlig unverständlich. Einige asiatische Länder, allen voran China, haben lediglich das nötige Handwerkszeug erlernt, um am westlichen Spiel um Profit und Wachstum erfolgreich teilzunehmen. Das mag Konservative im Westen verunsichern. Doch eine wahre Hegemonialmacht ist nicht nur wirtschaftlich erfolgreich.

Allerweltshaus in der Körnerstraße 77 in Ehrenfeld.  
19.00 - 21.30 Uhr

Gedanken zum Thema **Flucht**  
Im Dialog mit **Rupert Neudeck**

**Freitag, 21.11.2014**  
**20-22 Uhr**

Erzengel-Michael-Kirche, Michaelshoven






**Gäste:** Rupert Neudeck (Cap Anamur, Grünhelme)  
Gian Aldonani (Kölner Appell)

**Moderation:** Christoph Heinemann

**Musik:** Birgit Heinemann (Cello)  
Monika Overbeck (Gitarre)

**Ort:** Erzengel-Michael-Kirche  
Pfarrer-te-Reh-Str. 7  
50999 Köln-Michaelshoven

**Eintritt frei** [www.wisue.de](http://www.wisue.de)

## Auf den Spuren der Kölner Gruppe des Nationalkomitees Freies Deutschland – Busfahrt nach Brauweiler



Sülzgürtel 8

Im ehemaligen Frauenhaus, dem einzig erhaltenen Trakt des Gefängnisses, befindet sich heute eine Gedenkstätte, durch die uns Josef Wißkirchen vom Pulheimer Verein für Geschichte führen wird.

**Abfahrt Sonntag,  
23. November 2014,  
13.30 Uhr am EL-DE-Haus,  
Appellhofplatz 23-25,  
Rückkunft gegen 17 Uhr,  
10 Euro, 5 Euro ermäßigt**

(Vereinsmitglieder sind frei)  
Verbindliche Anmeldung unter Tel. 42 77 26, Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Begrenzung der Teilnehmerzahl auf 50.



Veranstalter sind der Verein EL-DE-Haus und die VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten)



V.i.S.d.P.: Malle Bensch-Humbach, Breibergstraße 3, 50939 Köln



Haftanstalt Brauweiler

## Fahrscheinloser ÖPNV

Die Konferenz der LINKEN Fraktionsvorsitzenden veranstaltet das Kommunalpolitische Forum NRW dieses Jahr in Wuppertal. Die Veranstaltung ist öffentlich. Alle Interessierte sind herzlich eingeladen.

Das Schwerpunktthema wird in diesem Jahr der umlagefinanzierte ÖPNV sein. Diskutiert wird die Idee, dass alle Einwohner/-innen einer Gebietskörperschaft den ÖPNV ohne Fahrschein nutzen können. Stattdessen wird eine Abgabe eingezogen. Somit kann der ÖPNV ausgebaut werden. Die Städte werden zudem von vielen Autos befreit.

Mit:

*Peter Hofmann* (Finanzvorstand Kölner Verkehrsbetriebe) zur aktuell fragilen Finanzierung des ÖPNV

*Matthias Baerwolff* (Stadtrat Erfurt, DIE LINKE) zu Modellen und Berechnungen zur Finanzierung eines umlagefinanzierten ÖPNV

*Jan Nico Kirschbaum* (Bündnis unsere Stadtwerke Wuppertal) über eine Feldstudie zum umlagefinanzierten ÖPNV in Wuppertal

**Die Veranstaltung wird durch das Kommunalpolitische Forum NRW organisiert mit freundlicher Unterstützung der Ratsfraktionen Köln und Wuppertal.**

**6.12.2014 von 11 bis max. 17 Uhr**

**Alte Feuerwache Wuppertal, Gathe 6, 42107 Wuppertal**

## TERMINE DER FRAKTION

**Fr, 14. November, 17.30 Uhr**  
AK Stadtentwicklung und Verkehr

**Mo, 17. November, 17.30 Uhr**  
AK Gesundheit und Inklusion

**Do, 20. November, 17 Uhr**  
AK Integration

**Do, 20. November, 18 Uhr**  
AK Kunst, Kultur, Medien

**Do, 20. November, 20 Uhr**  
AK Jugend und Schule

**Do, 27. November, 19 Uhr**  
AK Gesundheit und Inklusion

**Do, 4. Dezember, 18 Uhr**  
AK Soziales

**Mi, 17. Dezember, 17 Uhr**  
AK Frauen

# Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de Vi.S.d.P. Jörg Detjen

## Globaler Aktionstag für Kobanê 6.000 solidarisierten sich in Köln

Mehrere zehntausend Menschen nahmen am 1. November an Aktionen und Protesten in zwanzig deutschen Städten teil, um ihre Solidarität mit dem Widerstand in Kobanê auszudrücken. Nicht nur ein breites Spektrum politischer Gruppen, auch Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster Volksgruppen und Religionsgemeinschaften in Deutschland haben die Proteste mit unterstützt und sind an diesem Tag mit auf die Straßen gegangen. All diese Aktionen haben den internationalistischen Geist mit dem Geist eines "Volksaufstand" für Kobanê zusammengeführt.

Auch in Köln versammelten sich über 6.000 Menschen. Sie haben mit ihrer Solidarität für Kobanê auch die Forderungen nach einer politischen Anerkennung der Kantone von Rojava, dem Stopp der Unterstützung des IS durch Staaten wie der Türkei, der Öffnung eines Korridors nach Kobanê und nicht zuletzt der Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland Ausdruck verliehen.

Angelika Link-Wilden, Kreissprecherin der LINKEN in Köln und Andre Hunko, LINKER Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Europaausschusses hielten eine kämpferisch-solidarische Rede. Andre Hunko forderte u. a. die Aufhebung des PKK-Verbots und appellierte an Angela Merkel, sofort zu handeln, weil die PKK die einzige starke Kraft ist, die erfolgreich mit der PYD (Partei der Demokratischen Union) gegen die IS-Terrormilizen kämpft.

Der Widerstand von Kobanê muss von breiten Teilen der Gesellschaft getragen werden!

Die Unterstützung des Widerstands von Kobanê ist weitaus mehr als die Unterstützung einer kurdischen Stadt gegen den Terror des Islamischen Staates. Hier wird täglich der Kampf um die Wahrung der Menschenwürde und der Menschlichkeit geführt. Aus diesem Grund muss dieser Wi-

derstand in Deutschland von breiten Teilen der Gesellschaft getragen werden.

Am 1. November wurde ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Jetzt müssen die OrganisatorInnen und die Bündnisse, die hierbei entstanden sind, über den Aufbau von Solidaritätsstrukturen mit Kobanê bzw. Rojava diskutieren.

Zum 1. November haben wir gemeinsam nicht nur ein starkes Zeichen der Solidarität mit Kobanê an die gesamte Welt ausgesendet, sondern wir haben auch den VerteidigerInnen von Kobanê deutlich gemacht, dass sie nicht alleine sind.

Es lebe der Widerstand in Kobanê!  
Hoch die internationale Solidarität!

Hamide Akbayir



köln-er-helfen.de

Sofort Spenden

SMS an 81190 Stichwort köln-er-helfen

Spendenkonto: Kinderhilfe Mesopotamien e.V.

Stichwort: köln-er-helfen

Köln-er-Bank, Konto-Nr.: 544516019

BLZ: 37160087

IBAN: DE60371600870544516019 BIC: GENODE33HAN



„Den Mantel teilen“ – Demonstration auf dem Roncalliplatz am 10. November. Foto: Hans-Dieter Hey



Wir drucken auf Recycling-Papier mit einem RISO-Printer mit umweltfreundlicher Farbe auf Soja-Öl-Basis. Die RISO-Printer entwickeln beim Druckprozess keine Wärme und stoßen kein Ozon aus. Sie verbrauchen bis zu 95% weniger Energie als leistungsgleiche, tonerbasierte Systeme. RISO-Printer werden nach der WEEE-Richtlinie produziert und tragen das Gütezeichen Energy Star, das besonders Energie sparende Bürosysteme auszeichnet.